

Die elterliche Sorge

Die Eltern haben grundsätzlich die **Pflicht** und das **Recht**, für ihr minderjähriges Kind zu sorgen. Die elterliche Sorge wird daher auch als sog. Pflichtrecht der elterlichen Sorge bezeichnet. Ihre Rechtfertigung findet die elterliche Sorge in dem Bedürfnis des Kindes nach Schutz und Hilfe, um sich zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit innerhalb der sozialen Gemeinschaft zu entwickeln.

Wer ist Träger der elterlichen Sorge?

Als Sorgeberechtigte und –verpflichtete kommen grundsätzlich die Eltern - also Vater und Mutter - des Kindes iSd. Abstammungsrechts in Betracht; ebenfalls sorgeberechtigt können aber auch Adoptiveltern sein.

Rechtsträger des Sorgerechts können im Einzelfall beide Elternteile zusammen oder auch einer von ihnen alleine sein. Während nach früherem Recht das gemeinsame Sorgerecht Ausfluss der Ehe und daher ein Privileg miteinander verheirateter Eltern war, gilt seit der Reform des Kindschaftsrechts am 1.7.1998, dass die gemeinsame elterliche Sorge für geschiedene Eltern ebenso zugelassen ist, wie für Eltern, die überhaupt nicht miteinander verheiratet sind.

Sind die **Eltern miteinander verheiratet**, so steht ihnen grundsätzlich die elterliche Sorge auch gemeinsam zu.

Sind die **Eltern bei der Geburt des Kindes nicht miteinander verheiratet**, so entsteht das Sorgerecht nach § 1626 a II BGB zunächst als alleiniges Sorgerecht der Mutter.

Die Eltern erhalten dann ein gemeinsames Sorgerecht lediglich durch entsprechende Sorgeerklärung iSd. § 1626 a I Nr. 1 BGB oder gem. § 1626 a I Nr. 2 BGB indem sie nachträglich einander heiraten. Zur Begründung des gemeinsamen Sorgerechts durch Sorgeerklärungen müssen beide Elternteile in öffentlich bekundeter Form – vor jedem Jugendamt oder einem Notar – ihre Sorgeerklärungen selbst abgeben. Ein minderjähriger Elternteil benötigt hierzu die Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters. Wie in § 1626 b II BGB vorgesehen, können die Sorgeerklärungen auch schon vor der Geburt des Kindes abgegeben werden. Im Anschluss an die so begründete gemeinsame Sorge können die Erklärungen nicht mehr durch einfache Erklärung – zB. Widerruf, Anfechtung oder Verzichtserklärung – rückgängig gemacht werden; vielmehr bedarf es zur Übertragung des Sorgerechts auf wieder nur einen Elternteil einer familiengerichtlichen Entscheidung.

Über das Vorliegen bzw. Nichtvorliegen derartiger Sorgeerklärungen stellt das Jugendamt auf Antrag eine entsprechende Bescheinigung aus, die im Geschäftsverkehr oftmals als Nachweis des Sorgerechts verlangt wird.

Haben die Eltern das gemeinsame Sorgerecht auf diese Weise erlangt, so gelten die Vorschriften über die gemeinsame elterliche Sorge ohne Unterschied zu dem bei verheirateten Eltern originär entstandenen Sorgerecht.

Lassen sich die Eltern scheiden, so beeinträchtigt auch dies das Sorgerecht im Grunde nicht; es besteht vielmehr als gemeinsames Sorgerecht fort – vgl. hierzu weiterführend den Rechtstipp „*Das Sorgerecht nach der Ehescheidung*“.

Nachträglich entsteht ein **alleiniges Sorgerecht** allerdings dann, wenn bei gemeinsamer elterlicher Sorge ein Elternteil ausfällt – sei es durch Tod eines Elternteils, Ruhens der elterlichen Sorge oder entsprechender Entziehung dessen. Denn durch das Vormundschafts- bzw. Familiengericht kann die elterliche Sorge dem einen Elternteil teilweise oder vollständig entzogen werden und auf den anderen Elternteil übertragen werden – etwa nach § 1666 I BGB zur Abwendung einer Gefahr für das körperliche, geistige oder seelische Wohl oder das Vermögen des Kindes, auf den Antrag eines Elternteils hin nach § 1371 I, II BGB bei nicht nur vorübergehendem Getrenntleben der Elternteile oder nach § 1672 BGB.

Stellt das Familiengericht fest, dass auf längere Zeit die elterliche Sorge tatsächlich nicht ausgeübt werden kann oder ist ein Elternteil geschäftsunfähig bzw. beschränkt geschäftsfähig, so ruht die elterliche Sorge dieses Elternteils; dieser ist dann nicht berechtigt die elterliche Sorge auszuüben, solange nicht etwas Gegenteiliges festgestellt worden ist - §§ 1673, 1674, 1675 BGB.

Auch kann das Familiengericht bei Meinungsverschiedenheiten der Elternteile die Entscheidung über eine einzelne oder eine bestimmte Art von Angelegenheiten einem Elternteil übertragen.

Des weiteren kann trotz bestehendem gemeinsamen Sorgerecht der Eltern die elterliche Sorge für bestimmte Bereiche nur einem Elternteil zustehen. Dies gilt nach § 1687 BGB vor allem für den Fall, dass die **Elternteile getrennt leben** – vgl. hierzu weiterführend den Rechtstipp „*Das Sorgerecht während der Trennung*“.

Besteht ein alleiniges Sorgerecht eines Elternteils und will der andere Elternteil an der Sorge beteiligt werden oder gar das alleinige Sorgerecht für sich in Anspruch nehmen, so kann er einen **Antrag auf Übertragung der Alleinsorge** auf sich stellen.

Wann endet die elterlichen Sorge?

Die elterliche Sorge kann sowohl infolge Umständen in der Person des Kindes als auch infolge Umständen in der Person eines oder beider Elternteile enden.

So endet die elterliche Sorge zunächst mit der Volljährigkeit des Kindes, dessen Adoption oder auch dessen Tod. Die elterliche Sorge endet aber nicht etwa mit der Heirat eines minderjährigen Kindes; denn insoweit wird lediglich die Personensorge nach § 1633 BGB eingeschränkt.

Zudem endet die elterliche Sorge auch dann, wenn ein Elternteil oder auch beide Elternteile sterben oder diesen durch Maßnahmen des Familiengerichts das Sorgerecht ganz oder teilweise entzogen wird.

Wird beiden Elternteilen das Sorgerecht entzogen oder endet deren elterliche Sorge mit deren Tod, so hat das Vormundschaftsgericht einen sog. Vormund nach den Regelungen der §§ 1773 ff BGB zu bestellen.

Was umfasst die elterlichen Sorge?

Die elterliche Sorge umfasst neben der Sorge für die Person auch die Sorge für das Vermögen. In beiden Fällen besteht die elterliche Sorge aus der tatsächlichen Personen- und Vermögenssorge und dem dazugehörigen Vertretungsrecht.

Die **Personensorge** umfasst nach § 1631 I BGB allgemein die Pflicht und das Recht, das Kind zu pflegen, zu erziehen, zu beaufsichtigen und seinen Aufenthalt zu bestimmen.

Zur allgemeinen **Pflege und Fürsorge** zählen dabei neben den Regelungen des Personenstandes – v.a. die Namensbestimmung - insbesondere die Unterbringung, Verpflegung, Bekleidung sowie die Gesundheitsfürsorge.

Im Rahmen der **Erziehung** können Eltern über Schulart, Berufsausbildung sowie die religiöse Erziehung entscheiden, wobei allerdings zu beachten ist, dass vom 13. Lebensjahr an die Religion des Kindes nicht mehr gegen dessen Willen geändert werden kann und vom 15. Lebensjahr an das Kind seine Religion selbst bestimmt.

Seit dem 1. Januar 2001 wird in § 1631 II BGB ausdrücklich klargestellt, dass das Kind ein **Recht auf gewaltfreie Erziehung** hat. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen sowie andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig. Damit ist nunmehr auch keine Ohrfeige oder ein schmerzhafter Klaps auf die Finger oder den Po (mehr) erlaubt – sei es auch in einer zugespitzten Erziehungssituation.

Eine wesentliche sich aus der Personensorge ergebende Pflicht ist auch die **Aufsichtspflicht**, die dem oder den Sorgeberechtigten auferlegt, gefahrenträchtige Handlungen des Kindes zu verhindern sowie Gefährdungen des Kindes durch andere abzuwehren. Eine Verletzung der Aufsichtspflicht kann weitreichende Konsequenzen in strafrechtlicher sowie in zivilrechtlicher Hinsicht mit sich bringen. Zwar ist ein Überwachen des Kindes durch ständige Kontrolle ab einem bestimmten Alter der Kinder nicht mehr erforderlich - je nach Situation kann auch ein gelegentliches oder stichprobenartiges Kontrollieren ausreichen; es ist für Eltern aber generell empfehlenswert, sich durch Abschluss einer entsprechenden Privathaftpflichtversicherung dahingehend abzusichern, dass Dritte Schadensersatzansprüche ihnen gegenüber oder gegen das Kind geltend machen.

Darüber hinaus ergibt sich aus dem Recht und der Pflicht zur Personensorge auch ein Bestimmungsrecht über den Umgang des Kindes. Dieses Recht ist allerdings insoweit eingeschränkt, als insbesondere den Elternteilen gem. §§ 1626 III 1, 1684 I BGB ein **sog. Umgangsrecht** zusteht. Danach hat ein Elternteil, soweit ihm der Kontakt zu seinem Kind nicht schon kraft elterlicher Sorge zusteht, jedenfalls ein Recht auf Umgang mit dem Kind. § 1626 III 1 BGB bestimmt insoweit den Erfahrungssatz, dass es idR. zum Wohl des Kindes gehört, dass es Umgang mit beiden Elternteilen hat.

Kommt es zwischen den Elternteilen zu Streitigkeiten über den Umfang und die Ausübung des Umgangsrechts, so kann das Familiengericht entscheiden, wann und wie viel Zeit ein Elternteil mit dem Kind verbringen darf. Allerdings hat dabei auch das Gericht zu beachten, dass eine Einschränkung oder ein Ausschluss des Umgangsrechts nur insoweit in Betracht kommt, als dies zum Wohl des Kindes erforderlich ist. Dabei besteht auch die Möglichkeit der Anordnung eines **sog. begleitenden Umgangs**, bei dem der Umgang mit dem Kind nur in Anwesenheit eines Dritten stattfinden darf – zB. Mitarbeiten des Jugendamts.

Die **Vermögenssorge** bezieht sich hingegen auf das Recht und die Pflicht der Eltern, das gesamte Kindesvermögen zu verwalten. Mit einbezogen sind dabei alle tatsächlichen und rechtlichen Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, das Kindesvermögen zu erhalten, zu verwerten und zu vermehren.

Die Vermögenssorge berechtigt nach § 1629 I 1 BGB insbesondere auch zur Vertretung des Kindes in Vermögensangelegenheiten, wie etwa beim Abschluss von Verträgen oder in Rechtsstreitigkeiten. Diese Vertretungsbefugnis richtet sich grundsätzlich nach der elterlichen Sorge, so dass auch der Umfang der Vertretungsmacht nur so weit reicht, wie das Sorgerecht reicht.

Die gesetzliche Vertretungsmacht ist grundsätzlich unbeschränkt; bisweilen ist sie jedoch auch beschränkt oder gänzlich ausgeschlossen – so etwa bei höchstpersönlichen Geschäften des Kindes oder soweit ein Ergänzungspfleger bestellt oder die Vertretung an die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts gebunden ist.

Darüber hinaus kann nach § 1629 II 1 BGB die Vertretungsmacht der Eltern wegen der Gefahr von Interessenkollisionen automatisch ausgeschlossen sein oder es kann das Familiengericht den Eltern die Vertretung entziehen, wenn das Interesse des Kindes zu dem Interesse seiner Eltern in erheblichem Gegensatz steht.

Geht es im Einzelfall um die Frage der Vertretung und der Prozessführungsbefugnis hinsichtlich eines Antrags auf Unterhaltszahlung für ein minderjähriges Kind, so sind gewisse Besonderheiten zu beachten – vgl. dazu weiterführend den Rechtstipp „*Kindesunterhalt*“.

Die wesentliche Vorschrift zur elterlichen Sorge - **§ 1626 BGB** – lautet wie folgt:

“(1) Die Eltern haben die Pflicht und das Recht, für das minderjährige Kind zu sorgen (elterliche Sorge). Die elterliche Sorge umfasst die Sorge für die Person des Kindes (Personensorge) und das Vermögen des Kindes (Vermögenssorge).

(2) Bei der Pflege und Erziehung berücksichtigen die Eltern die wachsende Fähigkeit und das wachsende Bedürfnis des Kindes zu selbständigem verantwortungsbewusstem Handeln. Sie besprechen mit dem Kind, soweit es nach dessen Entwicklungsstand angezeigt ist, Fragen der elterlichen Sorge und streben Einvernehmen an.

(3) Zum Wohl des Kindes gehört in der Regel der Umgang mit beiden Elternteilen. Gleiches gilt für den Umgang mit anderen Personen, zu denen das Kind Bindungen besitzt, wenn ihre Aufrechterhaltung für seine Entwicklung förderlich ist.“